

Die Menschenrechte in Asien:

Der Kampf um die Menschenwürde

Der Politikwissenschaftlers und Menschenrechtsaktivisten Dr. Chandra Muzaffar aus Malaysia verfaßte nachfolgende Erklärung zur UN-Menschenrechtskonferenz im Juni 1993, die zum Ende 1992 bereits von über 170 asiatischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) unterzeichnet worden war.

Diese Weltkonferenz wird eine Gelegenheit sein, die Verpflichtung der Menschheit zu den Werten und Prinzipien zu erneuern und zu stärken, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte enthalten sind, ebenso wie in der Internationalen Erklärung zu den Bürgerrechten und politischen Rechten und in ähnlichen Abmachungen und Erklärungen, die zum Ziel haben, die Würde des Menschen zu wahren und zu fördern.

Es wird auch eine Gelegenheit sein, erneut zu betonen, daß die Menschenrechte nicht getrennt voneinander gesehen werden können und voneinander abhängen, und somit nur in ihrer Gesamtheit verwirklicht werden können.

Unser Anliegen

Eine gesamtethische, integrierte Herangehensweise an die Verwirklichung der Menschenrechte in Asien setzt eine sofortige und gleichgewichtige Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Menschen dieses Kontinents voraus. Denn in Asien lebt die Mehrheit der von Armut betroffenen Menschen der Welt. Trotz des ökonomischen und sozialen Fortschritts, der in mehreren Ländern erreicht worden ist, hat ein Großteil der asiatischen Bevölkerung keinen Anteil an den grundlegendsten wirtschaftlichen und sozialen Rechten, wie zum Beispiel dem Recht auf ausreichende Ernährung, Kleidung und Unterkunft, dem Recht auf Arbeit, gerechten Lohn, Gesundheit und Ausbildung.

In der Tat ist in einigen Teilen Asiens die Armut so stark, daß die Armen sich in der Falle moderner Sklaverei wiederfinden, wie leibeigener Zwangsarbeit, Kinderarbeit und Kinderprostitution. Armut ist auch einer der unmittelbarsten Gründe für die grausame Ausbeutung

weiblicher Arbeitskraft in gewissen Wirtschaftsbereichen.

Doch trotz einer quantitativen Reduzierung absoluter Armut scheint die Kluft zwischen den Reichen und den Armen größer zu werden, vor allem in Gesellschaften, in denen Wohlstand und Macht in zunehmendem Maße in den Händen der Eliten konzentriert werden. Eine solche an der Elite orientierte Entwicklung drängt einen großen Teil der Bevölkerung an den Rand der Gesellschaft. Sie führt auch zu einer Verschlechterung der Umweltbedingungen, die ihrerseits sich wieder negativ auf die Wahrnehmung wirtschaftlicher und sozialer Rechte gegenwärtiger und zukünftiger Generationen auswirken.

Die Situation wird verschlimmert, wenn im Staatshaushalt die Militärausgaben einen besonders großen Anteil haben. In vielen asiatischen Gesellschaften hat das Wachsen des Militarismus zu einer Entrechtung der Massen in bezug auf ein menschenwürdiges, ökonomisch und sozial abgesichertes, Leben geführt.

Die Negierung und der Abbau wirtschaftlicher und sozialer Rechte sind von gravierendem Belang. Doch in gleichem Maße sind die asiatischen NGOs über die grobe Verletzung bürgerlicher und politischer Rechte in dieser Region besorgt. In den meisten Fällen ist der Staat dafür verantwortlich. Das gilt vor allem für Militärdiktaturen und Staaten mit auffallend autoritären Merkmalen. Hinrichtungen ohne Gerichtsurteil, das gewaltsame Verschwindenlassen von Personen, Folter, Festnahmen ohne Verhandlung und Urteil und die Anwendung von Notstandsgesetzen zur staatlichen Sicherheit sind nicht ungewöhnlich. Auch werden diejenigen, die sich aktiv für die Wahrung der Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit einsetzen, schikaniert und eingeschüchtert. Es gibt auch Fälle, in

denen solche Leute des Landes verwiesen und ins Exil abgeschoben oder gar getötet wurden. All dies zeigt, daß es in mehreren Gebieten Asiens nur sehr wenig Toleranz gegenüber politisch Andersdenkenden gibt.

Jedoch sind die bürgerlichen und politischen Rechte, eigentlich alle Menschenrechte, in den Ländern am gefährdetsten, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind. Neben den starken Einschränkungen der Bürgerrechte, die der Bevölkerung von den sich gegenüber stehenden Konfliktparteien auferlegt werden, führen bewaffnete Auseinandersetzungen stets zu dem Tod tausender Unschuldiger und der massiven Entwurzelung ganzer Lebensgemeinschaften. Als Folge davon gibt es eine explosionsartige Zunahme von Flüchtlingen, die oft die Opfer jeglicher vorstellbarer Verletzung der Menschenrechte sind.

In einigen Gebieten Asiens erfahren ethnische Minderheiten eine starke Einschränkung ihrer kulturellen und religiösen Rechte durch die staatlichen Autoritäten. Ethnische Konflikte haben mehr als einmal die kulturelle Integrität ganzer Gesellschaften untergraben. Immer wieder bedroht ein überdimensionales Entwicklungsprojekt die Identität und das kulturelle Erbe einer einzelnen einheimischen Volksgruppe, die in Geschichte und Tradition des Landes tief verwurzelt ist. Landnutzungsrechte schließlich berühren den Kern des Kampfes einheimischer Gruppen um ihre Menschenwürde.

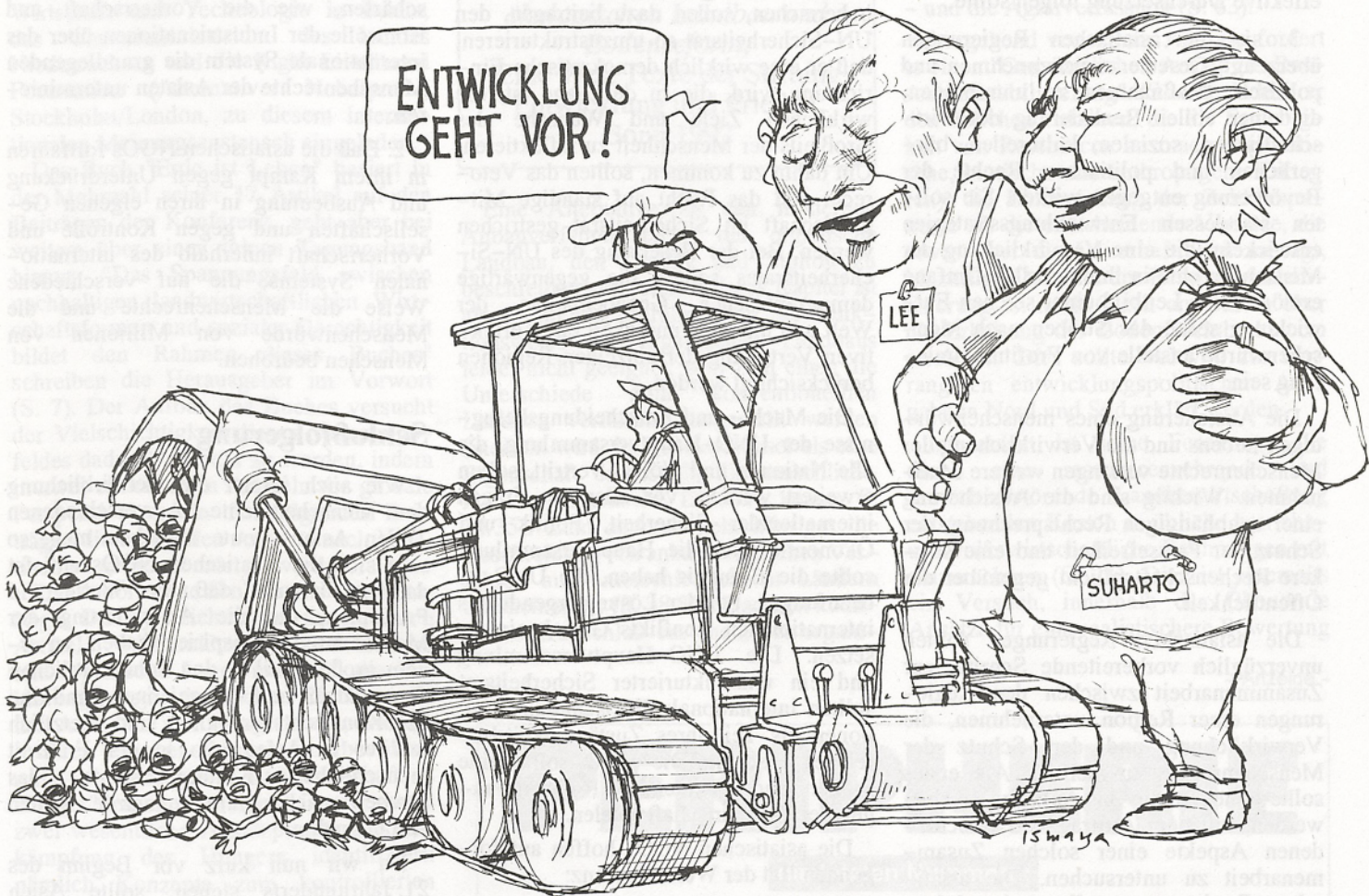
Setzt man sich mit ethnischen Minderheiten und einheimischen Bevölkerungsgruppen auseinander, so sieht man, daß die Verteidigung der Menschenrechte in Asien notwendigerweise über die Wahrung der Rechte des Einzelnen hinausgehen muß. Auf dem Spiel stehen

nicht nur die kulturellen, sondern auch die wirtschaftlichen, sozialen, bürgerlichen und politischen Rechte ganzer Gemeinschaften. Es gibt auch innerhalb einzelner Gesellschaften Gruppen – wie die Dalits in Indien und die Baraku in Japan –, die eine jahrhundertelange Diskriminierung und Unterdrückung erfahren haben und durch ihren Kampf ihre kollektive Würde sichern wollen. Auch für Frauen, die oft Opfer geschlechtlicher Diskriminierung und veralteter kultureller und religiöser Praktiken sind, ist das oberste Ziel, sich die vollen Rechte einer menschlichen Gemeinschaft zu sichern.

Wenden wir uns den Frauen im besonderen zu. Sie wollen in ihrer Ge-

himmelschreiender globaler Ungerechtigkeiten oft gezwungen, die kollektiven Rechte ihrer Bürger zu artikulieren. Da das internationale System es einer privilegierten Minderheit des Nordens gestattet, den Rest der Menschheit fremdzubestimmen und zu kontrollieren, definiert der Norden die Rechte der Menschen im Süden, von denen ein Großteil in Asien lebt. Die meisten Völker Asiens haben nur geringe Möglichkeiten zur Selbstbestimmung in einem internationalen System, das von Institutionen bestimmt wird, die von den Eliten des Nordens geleitet werden, wie der Sicherheitsrat der UNO, die Gruppe der Sieben, der Internationale Währungsfonds IMF, die

Bevölkerung des Südens noch verschärft, ist das ständige Bestreben der Mächtigen des Nordens, sich um ihrer eigennützigen Interessen willen in die Angelegenheiten des Südens einzumischen. Militärinterventionen der USA und der ehemaligen Sowjetunion, vor allem in der Blütezeit des Kalten Krieges, hatten zahllose Stellvertreterkriege in Asien und auf der Südhalbkugel zur Folge, Kriege, die mindestens 30 Millionen Menschen das Leben kosteten. Dies zeigt wieder einmal, wie ein ungerechtes internationales System das fundamentalste aller Menschenrechte gefährdet, das Recht auf Leben, und zwar von Millionen von Menschen.



samtheit als Menschen betrachtet und akzeptiert werden, die in der Lage sind, in Eigenverantwortung zu entscheiden und zu handeln. Sie wollen Chancengleichheit und politische, wirtschaftliche und soziale Unterstützung, um ihre Fähigkeiten voll entwickeln zu können. Bei dem Versuch, ihre legitimen Rechte als kollektive Gruppe zu sichern, erkennen die Frauen, daß es in nahezu jedem sozialen Bereich enorme Hindernisse gibt, die im Interesse von Gleichheit und Gerechtigkeit überwunden werden müssen.

Kollektive Rechte haben in Asien jedoch noch eine andere Bedeutung. Als Teil des internationalen Systems sehen sich die asiatischen Staaten angesichts

Weltbank und die Gatt-Runde.

Eine solche Vorherrschaft, die sich in fast jedem Bereich der internationalen Beziehungen bemerkbar macht, hat die meisten asiatischen Staaten vom Norden abhängig gemacht. Nichts unterstreicht diese Abhängigkeit mehr als die Schuldenfrage. Um den Schulden an die habgierigen Geldgeber des Nordens nachzukommen, haben einige asiatische Staaten keine andere Wahl, als ihre ohnehin nur geringen Mittel aus Wirtschafts- und Sozialprogrammen, die für das nackte Überleben der Bevölkerung von enormer Bedeutung sind, abzuziehen.

Was die Bedrohung des Überlebens der

Vorschläge

Ausgehend von unserem Engagement für die Menschenrechte in Asien haben wir uns dazu entschieden, der Weltkonferenz über die Menschenrechte folgende Vorschläge zu unterbreiten.

Die asiatischen NGOs legen ihre Hoffnung in die Weltkonferenz, daß

1. sie die asiatischen Regierungen (die die 2 Hauptverträge noch nicht ratifiziert haben) überzeugt, den internationalen Vertrag über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und den internationalen Vertrag über bürgerliche und politische Rechte und seine optionalen Protokolle zu unterschreiben. Die wenigen Staaten,

die diese 2 Verträge schon ratifiziert haben, sollten ihre effektive Durchsetzung zusichern.

2. sie die asiatischen Regierungen überzeugt, einige der anderen UN-Konventionen zu ratifizieren, wie die Konvention gegen Folter, die Konvention zur Eliminierung aller Formen der Rassen-diskriminierung, die Konvention zur Eliminierung aller Formen der Diskriminierung von Frauen und die Konvention zu den Rechten der Kinder. Diese Regierungen sollten auch überzeugt werden, relevante Konventionen zur internationalen Arbeitsteilung (ILO = International Labour Organization) zu ratifizieren. Es sollte überflüssig sein, darauf hinzuweisen, daß der Ratifizierung eine effektive Durchsetzung folgen sollte.

3. sie die asiatischen Regierungen überzeugt, Gesetze zurückzunehmen und politische Maßnahmen zu unterbinden, die einer vollen Realisierung der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen und politischen Rechte der Bevölkerung entgegen wirken. Sie sollten stattdessen Entwicklungsstrategien entwickeln, die eine Verwirklichung der Menschenrechte in ihrem vollen Umfang ermöglichen. Leitbild einer solchen Entwicklung sollte das Streben nach Menschenwürde anstelle von Profitmaximierung sein.

Die Absicherung eines menschenwürdigen Lebens und die Verwirklichung der Menschenrechte verlangen weitere Maßnahmen. Wichtig sind die Absicherung einer unabhängigen Rechtsprechung, der Schutz der Pressefreiheit und eine stärkere Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit.

Die asiatischen Regierungen sollten unverzüglich vorbereitende Schritte zur Zusammenarbeit zwischen den Regierungen einer Region unternehmen, die Verwirklichung und den Schutz der Menschenrechte zu sichern. Als erstes sollte eine Studie in Auftrag gegeben werden, mit dem Auftrag, die verschiedenen Aspekte einer solchen Zusammenarbeit zu untersuchen. Die asiatischen Regierungen sollten ein aktives Einbeziehen der NGOs erleichtern, sowohl in den Vorbereitungsphasen als auch während des Wirkens eines solchen zwischenstaatlichen, regionalen Mechanismus, wenn er eingerichtet sein sollte.

4. sie die asiatischen Regierungen überzeugt, tiefgreifende Strukturveränderungen vorzunehmen und fundamentale soziale Reformen einzuleiten, die zur Wahrung der Menschenrechte und zu einem menschenwürdigeren Leben führen können. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu betonen, daß wo immer moderne Formen der Sklaverei auftauchen, die jeweilige Regierung diese unter eindeutigen und verbindlichen zeitlichen Vorgaben vollständig ausrottet. Alle Re-

gierungen sollten auch überzeugt werden, innerhalb eines bestimmten zeitlichen Rahmens Armut und Analphabetentum auszulöschen oder zumindest wesentlich zu reduzieren.

Die asiatischen NGOs hoffen, die Weltkonferenz übt folgenden Druck aus:

1. Die Hauptindustrienationen und wichtige Geldgeber des Nordens sollen die Außenschulden der sich in ständiger Armut befindlichen Länder des Südens löschen. Andere Schuldernationen des Südens sollten in die Lage versetzt werden, die Zurückzahlung ihrer Schuld neu festzusetzen. So werden die Armen der 3. Welt eher eine Chance auf ein menschenwürdiges Leben bekommen.

2. Die mächtigen Staaten, die die UNO beherrschen, sollen dazu beitragen, den UN-Sicherheitsrat so umzustrukturieren, daß er eine wirklich demokratische Einrichtung wird, die in der Lage ist, die wirklichen Ziele und Wünsche des Großteils der Menschheit zu reflektieren. Um dahin zu kommen, sollten das Veto-recht und das Recht auf ständige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat gestrichen werden. Bei der Besetzung des UN-Sicherheitsrates sollten die gegenwärtige demographischen Gegebenheiten der Welt und die Notwendigkeit einer effektiven Vertretung der einzelnen Regionen berücksichtigt werden.

Die Macht- und Entscheidungsbefugnisse der UNO-Hauptversammlung, die alle Nationen und Völker vertritt, sollen erweitert werden, vor allem in Fragen internationaler Sicherheit, Politik und Ökonomie. Nur die Hauptversammlung sollte die Befugnis haben, die UNO zu beauftragen, bei der Lösung irgendeines internationalen Konflikts Gewalt einzusetzen. Die UNO-Hauptversammlung und ein umstrukturierter Sicherheitsrat sollten internationale Wirtschaftsinstitutionen als Teil ihres Zuständigkeitsbereiches ansehen. Die UNO sollte eine größere und bedeutendere Rolle in Fragen der Weltwirtschaft spielen.

Die asiatischen NGOs hoffen auf folgenden Rat der Weltkonferenz:

1. An die UNO, allen Aspekten der Menschenrechte gleiche Aufmerksamkeit zu widmen und Methodiken zu entwickeln, die verschiedenen Typen der Menschenrechte einzuschätzen. Das stünde im Einklang mit dem Wortlaut und Geist der grundlegenden Erklärung zu den Menschenrechten, wie sie die UNO selbst formuliert hat. Die UNO sollte bei dem Aufspüren von Menschenrechtsverletzungen eine selektive Herangehensweise vermeiden.

2. An die UNO, für die Verwirklichung der Menschenrechte die Finanzmittel zu erhöhen, mehr Personal einzustellen und die entsprechenden Verwaltungsstrukturen zu verbessern. Menschenrechtsverletzungen sollte effektiver nachgegangen

werden. Die Aufmerksamkeit der UN-Menschenrechtskommission sollte auf solche Vergehen gelenkt werden. In diesem Zusammenhang sollte den NGOs eine bedeutendere Rolle zugestanden werden, Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren, zu untersuchen und warnend auf sie hinzuweisen. Die Rolle, die sie bislang bei dem Kampf für die Verwirklichung der Menschenrechte gespielt haben, sollte anerkannt werden.

Die asiatischen NGOs hoffen, die Weltkonferenz wird folgende Ermutigungen aussprechen:

1. Daß die NGOs des Nordens den demokratischen Freiraum, den ihre Gesellschaftsordnung ihnen gewährt, nutzen, das öffentliche Bewußtsein darüber zu schärfen, wie die Vorherrschaft und Kontrolle der Industrienationen über das internationale System die grundlegenden Menschenrechte der Asiaten unterminieren.

2. Daß die asiatischen NGOs fortfahren in ihrem Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung in ihren eigenen Gesellschaften und gegen Kontrolle und Vorherrschaft innerhalb des internationalen Systems, die auf verschiedene Weise die Menschenwürde und die Menschenrechte von Millionen von Menschen bedrohen.

Schlußfolgerung

Wie auch immer die Verwirklichung der Menschenrechte in verschiedenen Teilen Asiens heute aussehen mag, so sind sich die asiatischen NGOs zutiefst darüber bewußt, daß die Werte und Prinzipien, die die Artikulierung der Menschenrechte inspiriert haben, zu einem großen Teil in den hohen sittlichen Grundsätzen und der geistigen Tradition des Kontinents enthalten sind. Letztlich war es in Asien, wo in der Frühzeit menschlicher Kulturgeschichte das Streben nach Menschenwürde seinen Anfang nahm.

Da wir nun kurz vor Beginn des 21. Jahrhunderts stehen, sollte Asien versuchen, seiner Bestimmung nachzukommen, indem es den Triumph der Menschenrechte und der Menschenwürde sichert.

Übersetzung aus dem Englischen von Desmond Seufert.